

And thus, here is the problem I have, both with L. and the earlier cited monograph of Mai. In the wake of such a long historiography of Bismarck to Hitler, it is understandable that these authors do not want to draw some monocausal line, such as Sering (or, heaven forbid, Weber) to Darré (or that *Raum-plan*ner, Konrad Meyer). L. (and Mai) have however gone to the opposite extreme, stating quite simply that only the NSDAP spoke in terms of biological racism as the foundation for everything, that this made them fundamentally different from all other thinkers, and that therefore Nazis and others will not be discussed in the same breath. Yet, Nazi biological racism surely stands firmly in the history of the cultural chauvinism against the Slavs that was a fundamental part of almost every 'thinker' of *Ostsiedlung* since the 19th century. Further, and on a much more nuanced level, a 'spatial' turn in these works would have uncovered a fascinating history of colonial thinking, space, emptiness, opportunity, and culture, all interwoven, and within which there simply is no obvious line to draw between the placement of German colonists in Germany's East, and the race and space of the ever more radical projects after 1933. They are not the same, but their similarities are far more interesting than their differences.

Windsor/Ontario

Robert L. Nelson

Tammo Luther: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten. (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, Beih. 55.) Steiner Verlag. Wiesbaden 2004. 217 S.

Die 2002 vom Vf. in Kiel eingereichte Dissertation ist der Politik des Dritten Reiches gegenüber den deutschen Minderheitengruppen im europäischen Ausland, vornehmlich in Ostmittel- und Südosteuropa, und deren Funktion als verlängerter Arm der nationalsozialistischen Außenpolitik gewidmet.

Das Quellenkorpus ist umfassend und bezieht die in Deutschland verfügbaren Akten der zentralen Reichs- und preußischen Regierungsstellen sowie verschiedener Persönlichkeiten mit ein. Tammo Luther konzentriert sich v.a. auf die Frage des Überganges von einer radikal-konservativen Minderheitenpolitik in der Weimarer Republik hin zu einer nationalsozialistisch zu nennenden, die Kriterien, auf deren Basis von einer solchen Entwicklung ausgegangen werden kann, und die zunehmende Instrumentalisierung der „Auslandsdeutschen“ durch die Außenpolitik des Dritten Reiches. Dabei untersucht er insbesondere die Funktionsweisen der im Reich angesiedelten Organisationen der Volksdeutschen, und zwar v.a. derjenigen, die nicht im Sinne einer „Selbstverwaltung“ oder einer Lobby funktionierten wie der Verband der deutschen Volksgruppen in Europa oder der VDA, sondern solcher, die von staatlicher Seite bzw. mit maßgeblicher Unterstützung des Staates – und daraus folgend im Verlauf der 1930er Jahre sich verstärkender Steuerung – begründet oder geprägt worden waren. Konsequenterweise greift L. bei einem solchen Ansatz zu einer chronologischen Darstellung und richtet diese v.a. an der Entwicklung der nationalsozialistischen Volksgruppenpolitik hin zu einer rassistischen, seitens der SS gelenkten Politik zur Durchsetzung des deutschen Hegemonieanspruchs in Ostmittel- und Südosteuropa aus.

In dieser Chronologie steckt eine Steigerung: Die Knebelung der Volkstumspolitik durch die nationalsozialistische Ideologie wird im Verlauf der 1930er Jahre immer stärker institutionell und finanziell an Berlin und die neuen Machthaber gebunden, doch hier stellt sich zugleich die Frage nach der Aktion und der (möglichen?) Reaktion. So ist doch bis auf wenige Ausnahmen kein Bestreben der deutschen Minderheitenorganisationen im Ausland nachweisbar, sich dieser „Umarmung“ durch Berlin zu entziehen, im Gegenteil: Gerade die zunehmende Einbindung der sog. Volksgruppen in die Berliner Institutionen und Verbände, verbunden mit einer finanziell, organisatorisch und öffentlich artikulierten Unterstützung durch das Reich, wurde in den Siedlungsgebieten der Deutschen im Ausland weitgehend positiv reflektiert. Personalentscheidungen wurden vielfach – auch in den internationalen Organisationen – im Sinne Berlins getroffen, das Gefühl, nach dem Unter-

gang der als marode und schwach empfundenen Weimarer Republik in Berlin endlich Beachtung zu finden, wog vielfach schwerer als die Bedenken gegenüber einer menschenverachtenden Politik, die gegen die innenpolitischen Gegner mit aller Grausamkeit vorgeing. So mehrten sich selbst die Stimmen der Konservativen in den Führungsgremien der deutschen Minderheitenorganisationen, die das scheinbar Positive an dieser Berliner Entwicklung für die Minderheiten im östlichen Europa sahen – der Widerstand war entsprechend gering, der Name Paul Schiemann sei hier stellvertretend genannt. Spätestens 1931, mit der Besetzung der Stelle des Rechtsberaters des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa mit Werner Hasselblatt, war der Weg bereits frei für eine pragmatisch zu nennende, in Wirklichkeit ausschließlich an den Zielsetzungen einer stärkeren politischen Durchsetzung der eigenen Ziele orientierten Politik der deutschen Minderheiten. Die Konzentration der Macht im Büro des Verbandes und damit in Berlin, in engster Kooperation mit den reichsunmittelbaren Organisationen und den Reichsstellen sowie den Ministerien, sicherten eine direkte Einflußnahme der Minderheiten auf die Minderheitenpolitik des Reiches – so glaubte man.

Zunehmend sollte sich diese Politik aber als Einbahnstraße entpuppen, denn gerade nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurden diese deutschen Minderheitenorganisationen zu Befehlsempfängern der nationalsozialistischen Außenpolitik. Die direkte Machtübernahme durch nationalsozialistisch geprägte Funktionäre v.a. der jüngeren Kriegsgeneration des Ersten Weltkrieges in den Minderheitenorganisationen spielte dann zwar eine entscheidende Rolle zur Durchsetzung dieser Berliner Politik – sie diente gleichermaßen als Versicherung und Beschleuniger –, mit den Anfängen der nationalsozialistischen Politik gegenüber den deutschen Minderheiten waren die Minderheitenorganisationen aber weitgehend bereits „gewonnen“ gewesen.

Die Volkstumsideologie eines Max Hildebert Boehm schien in Berlin zur politischen Doktrin zu werden (daß sich hinter den scheinbar gleichen Begriffen von „Dissimilation“ und „Volkstum“ rassistische Grundlagen verbargen, schien dabei sekundär), selbst noch die Gründung des Büros Kursell durch den deutschbaltischen Juristen Otto von Kursell schien in Verbindung mit dem von Hasselblatt geführten Büro des Verbandes der deutschen Volksgruppen in Europa eine direkte Einflußnahme in Berlin zu garantieren. Daß damit die Flügelkämpfe zwischen den traditionell Konservativen und den radikalen Gruppen in der deutschen *Volkstumsbewegung* zwischenzeitlich zugunsten der radikalen Richtung entschieden wurden, schien ein Sieg für eine effektive *Minderheitenpolitik* des Verbandes zu sein.

L. beschreibt diese institutionelle Entwicklung sehr ausführlich und führt dabei viele bekannte Fakten zusammen. Infolge des Fehlens der Akten der Volksdeutschen Mittelstelle ist man gerade für deren Gründung und die Machtübernahme von Werner Lorenz in der VOMI weiterhin auf wenige Details angewiesen. Die Auseinandersetzungen der VOMI mit der NS-Auslandsorganisation bleiben dabei wenig greifbar, soweit es um die Auswirkungen auf die deutschen Minderheiten im Ausland geht. Auch die „Gleichschaltung der Volkstumspolitik durch die SS“, die der Vf. beschreibt, wird in ihren Konsequenzen z.B. hinsichtlich der Umsiedlung der Deutschbalten und anderer „volksdeutscher“ Gruppen und der parallel dazu laufenden Deportation nichtdeutscher Bevölkerungsteile aus den eroberten Gebieten nicht inhaltlich projiziert. Dabei liegt hier neben der Funktionalisierung der deutschen Bevölkerungen gegen ihre Heimatstaaten die zentrale Folge dieser Gleichschaltung: die endgültige Korruption der Volksgruppenfunktionäre, ob offen nationalsozialistisch wie in Rumänien oder eher als Pragmatiker auftretend wie z.B. Hasselblatt. Ein Ausblick dahingehend wäre nützlich und sinnvoll gewesen. Schließlich stand die Debatte um Umsiedlung oder „Ausharren“ in den Heimatstaaten spätestens seit den frühen 1930er Jahren auf der Tagesordnung der deutschen Minderheiten.

Wenn L. in seiner Zusammenfassung als Gesamtbild die ehrgeizige Clique der neu an die Macht gekommenen Funktionäre in Partei und Organisationen des Dritten Reiches als die Hauptschuldigen für die Verschärfung und zunehmende Konzentration der Volksgrup-

penpolitik mit dem Höhepunkt der Leitung durch die SS benennt, so verkennt er den Vorlauf: eine an einem ständischen Volkstumsbegriff orientierte Verbandslandschaft der deutschen Minderheiten im Ausland sowie weiter Kreise der verantwortlichen Funktionsträger sowohl in den Minderheiten selbst als auch in den unterstützenden Organisationen im Reich. Im verhängnisvollen Bestreben, Minderheitenpolitik als Machtpolitik für die eigene Sache zu begreifen, hatten lange vor 1933 die radikalen Kreise das Heft weitgehend in der Hand, hinzu kam eine scheinbare terminologische Übereinstimmung zwischen der radikalkonservativen Volksgruppentheorie eines Max Hildebert Boehm oder der völkischen Agrarideologie eines Rudolf Brandsch mit der nationalsozialistischen, rassischen Volkstumsideologie.

Wenn der Vf. die „äußerst schädliche Zerrissenheit und Doppelarbeit“ in den verschiedenen Kreisen von Minderheiten, NS, SS und anderen Bereichen bemerkt (S. 174), die v.a. die frühen Jahre nach 1933 kennzeichneten, so wäre hier eine Bewertung der Zielsetzung dieser Politik unabdingbar, die Frage nach den unterschiedlichen Zielen der sog. Traditionalisten und der eher dem NS-Staat zugeordneten Personen und Institutionen vonnöten, um die Alternativen in den politischen Handlungen abschätzen zu können. Wären die „Traditionalisten“ konsequent für eine Umsetzung demokratischer Politik in den Minderheitenorganisationen der Heimatstaaten eingestanden? Welche Optionen hätten sie ab 1933 gehabt, diese Ideen in Berlin umzusetzen, oder wieso waren sie mit diesen Optionen (so sie denn bestanden hatten) ggf. schon vor 1933 gescheitert? Und vor allem: Wieso erhoben sich nur wenige Stimmen der Deutschen im Ausland gegen die Einflußnahme des Reiches nach 1933 auf die deutschen Minderheiten?

Hamburg

Sabine Bamberger-Stemmann

Burkhard Olschowsky: Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980-1989. (Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e.V., Bd. 7.) fibre Verlag. Osnabrück 2006. 690 S. (€ 32,50.)

In den vergangenen Jahren ist wortreich beklagt worden, daß im ersten Jahrzehnt historischer Kommunismusforschung die nationalen Perspektiven überwogen. Fünfzehn Jahre nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums liegen zahlreiche quellengesättigte und häufig methodisch innovative Untersuchungen zur polnischen, tschechischen, ungarischen, ostdeutschen oder sowjetischen Geschichte vor, doch beziehungs geschichtliche oder vergleichende Beiträge zu einer europäischen Geschichte des Kommunismus sind weiterhin rar gesät. Die vorliegende Dissertation Burkhard Olschowskys zeigt, wie anregend es sein kann, sich aus nationalgeschichtlichen Perspektiven zu lösen und den Blick auf die Verflechtungen zweier Parteistaaten und ihrer Gesellschaften zu werfen.

Die Studie hat die Beziehungen der Volksrepublik Polen und der DDR zwischen der Entstehung der Gewerkschaft Solidarność und dem Zusammenbruch des Kommunismus zum Gegenstand. Als theoretisches Fundament dient dem Vf. die klassische Totalitarismustheorie in der auf Juan Linz zurückgehenden Erweiterung. Er wirft die Frage auf, wie sich die Beziehungen zwischen zwei kommunistischen Diktaturen in ihrer Spätphase gestalteten und was sich daraus über die Spezifika des jeweiligen Herrschaftssystems ableiten läßt. Dabei behandelt er eine Vielzahl verschiedener Aspekte des Verhältnisses der ungleichen Nachbarn beiderseits von Oder und Neiße. O. wechselt zwischen klassischer Diplomatiegeschichte und Wirtschaftsgeschichte, zwischen der Analyse der Staatsparteien, der Intellektuellen, der Kirchen und der politischen Opposition. Ihn interessieren die unterschiedlich verlaufenden Erosionsprozesse politischer Herrschaft in Polen und der DDR, und er will aus makrohistorischer Perspektive erklären, wie kommunistische Parteistaaten mit wirtschaftlichen Modernisierungszwängen und gesellschaftlichem Demokratisierungsdruck umgingen, wobei es ihm auch um einen Beitrag zum Verständnis der europäischen